

Karner wehrt sich gegen Vorwürfe des Antisemitismus

Initiative fordert Rücktritt des Innenministers

Lukas Zahrer

Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) musste sich am Montag gegen Antisemitismuskritik zur Wehr setzen. Er habe sich in allen seinen Interviews und in seiner Antrittsrede als Innenminister bereits „sehr klar und deutlich von jeder Form des Extremismus und insbesondere des Antisemitismus distanzieren“, heißt es in einem Statement des Ministeriums. Karners Büro reagierte damit auf einen offenen Brief, der den Rücktritt des Innenministers aufgrund von antisemitischer Rhetorik fordert. Initiiert wurde das Schreiben von jüdischen Hochschülerinnen und Hochschülern, unterzeichnet von diversen prominenten Persönlichkeiten.

Die Unterstützer des Schreibens seien „erschüttert und besorgt“ über die Wortwahl Karners in der Vergangenheit, etwa im Landtagswahlkampf in Niederösterreich, ist darin zu lesen: „Wir sind der Überzeugung, dass diese Person für das Amt des Innenministers vollkommen ungeeignet ist, und fordern die Bundesregierung dazu auf, unsere Sicherheit in die Hände gemäßigter Politik zu legen“, heißt es.

Gerade vor dem Hintergrund des „Nationalen Aktionsplans gegen Antisemitismus“ sei man „erschüttert und besorgt“ über die Ernennung Karners zum Innenminister, weil der sich „in seinem Landtagswahlkampf antisemitischer Rhetorik bediente“. Und weiter: „Laut Karner habe die SPÖ mit ‚Herren aus Amerika und Israel gegen das Land gearbeitet‘, diese seien ‚Klimavergifter‘. Die antisemitische Dimension dieser Äußerung ist offensichtlich, denn sie drückt einerseits die Vorstellung der ‚Jüdischen Weltverschwörung‘ aus und bemüht andererseits die jahrhundertalte Legende des ‚jüdischen Brunnenvergifters‘.“

Zu den Unterzeichnern zählen Schriftstellerin Elfriede Jelinek, Autor Doron Rabinovici und die frühere OGH-Präsidentin Irmgard Griss. Auch die Österreichische Hochschüler_innenschaft unterstützt den Appell.

„Missverständnis“

Aus dem Ministerium heißt es dazu: Karner habe klargestellt, dass er die damaligen Aussagen, die „offenbar missverständlich aufgefasst werden können, nicht mehr tätigen würde“. Diese Aussagen seien „niemals in diese Richtung intendiert“ gewesen. Der Innenminister betonte: „Ich weise antisemitisches Gedankengut aufs Schärfste und sehr entschieden zurück. Der Kampf gegen Antisemitismus und jede Form des Extremismus ist mir seit Jahrzehnten ein zutiefst persönliches Anliegen und wird sich auch in meiner Arbeit als Innenminister fortsetzen.“

Am Montag meldete sich auch der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch, in einer Stellungnahme zu Wort und kritisierte die Wortwahl Karners scharf: Die Aussagen seien „hochproblematisch“. Er gehe davon aus, dass Karner „nicht nur seine Aussagen nicht wiederholen wird – das ist ja eine Selbstverständlichkeit –, sondern dass er den antisemitischen Gehalt der Formulierungen von damals als solche benennt und sie unmissverständlich bedauert“. Einen Fehler einzugestehen sei kein Zeichen von Schwäche, sondern würde „zu einem sorgsameren Umgang mit antisemitischen Stereotypen beitragen“. **Kommentar Seite 28**

Anwaltsbriefe auch an 13- und 14-Jährige

Wien droht auch Unterstützern des Protestcamps gegen die Stadtstraße mit Schadenersatzforderungen, darunter sind Kinder und Jugendliche. Ulli Sima nannte das „bedauerlich“, sprach aber von einem „Signal“.

David Krutzler



Foto: Regine Hendrich

Aktuell sind zwei Baustellen bei der Hirschstettner Straße sowie bei der Hausfeldstraße – dort befindet sich auch das Protestcamp – besetzt.

Die Stadt Wien hat die Ebene des Dialogs mit den Besetzerinnen und Besetzern des Protestcamps gegen die Stadtstraße und den Lobautunnel vorerst verlassen. So wurden zahlreiche von der Stadt beauftragte Anwaltschreiben an Aktivistinnen und Aktivisten verschickt. Darin heißt es unter anderem: „Der bestehende Dialog zwischen der Stadt Wien und den Aktivist*innen hat zum Bedauern der Stadt Wien zu keinen Ergebnissen geführt.“

Stattdessen droht Wien den Besetzerinnen und Besetzern mit Schadenersatzklagen, falls diese das Protestcamp nicht sofort verlassen und abbauen sollten. Nach Ansicht der Stadt besteht eine „solidarische Haftung sämtlicher beteiligter Aktivist*innen für den gesamten Schaden“. Dieser wird mit der Verzögerung der Bauarbeiten und rechtswidrigem Verhalten begründet. Die Aktivistinnen und Aktivisten haben demnach „immens hohe Schäden“ verursacht. Den Besetzern könnten also auch Millionenklagen drohen.

Rund 50 Anwaltschreiben

Diesen Brief der Anwaltskanzlei des ehemaligen SPÖ-Justizsprechers Hannes Jarolim erhielten nicht nur Umweltschutzorganisationen, sondern unter anderem auch eine 13- sowie eine 14-Jährige. Das sagte Lena Schilling vom Jugendrat. Die beiden Schülerinnen sollen den Anwaltsbrief per E-Mail zugeschickt bekommen haben. Beide Briefe liegen dem STANDARD vor. Insgesamt sind laut dem Büro von Verkehrsstadträtin Ulli Sima (SPÖ) rund 50 Schreiben an Organisationen sowie Einzelpersonen verschickt worden.

Vorerst keine Räumung

Stadträtin Sima bezeichnete die Schreiben an die beiden Schülerinnen als „bedauerlich“. Die Stadt habe nach mehr als drei Monaten Baustellenbesetzung aber „ein Signal aussenden müssen“, wie Sima dem STANDARD sagte. Der wirtschaftliche Schaden durch die Besetzung würde sonst weiter steigen. Informelle Gespräche hätten laut Sima nichts gebracht. Konkret hätten daher Vertreter der Organisationen Fridays for Future, System Change, not Climate Change, Extinction Re-

bellion, Jugendrat sowie Südwind das „Aufforderungsschreiben“ erhalten – „und alle, die aktiv zur Besetzung aufgerufen haben“.

Laut Sima würden nur noch die Besetzerinnen und Besetzer den Bau der Stadtstraße verhindern, an der die Entwicklung von Wohnungen für rund 60.000 Personen in der Donaustadt hängen würde. Das könne sich die Stadt nicht länger bieten lassen – und verwies auch auf den illegalen Bau einer Pyramide im Protestcamp sowie auf „Lagerfeuer und Rave-Partys“. Sollten sich die Aktivistinnen weiter unkooperativ verhalten, würden weitere Schritte gesetzt. „An eine Räumung in dieser Woche ist derzeit aber nicht gedacht“, sagte Sima.

Seitenhieb auf Grüne

Die Stadträtin erinnerte auch daran, dass die Grünen, die das Bauprojekt aktuell scharf kritisieren, dieses einst selbst mitentwickelt hatten. Im Juli 2016 etwa verkündete die damalige Vizebürgermeisterin und Verkehrsstadträtin Maria Vassilkou mit SPÖ-Klubchef Christian Oxonitsch „die nächsten Schritte für die Stadtstraße Aspern“. Laut Sima sei die Straße vierspurig geplant, weil nur so die Strecke zur Hälfte auch untertunnelt werden könne.

Sima richtete den Aktivistinnen und Aktivisten aus, dass sie „für Gespräche zur Verfügung“ stehe – auch wenn sie einräumte, dass es diese in den drei Monaten der Baustellenbesetzung noch nicht gegeben habe. Für „Showcases“ – also etwa Podiumsdiskussionen mit politischer Inszenierung – sei sie aber nicht zu haben.

Sima hatte bei einer Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag angekündigt, dass es noch in dieser Woche eine Gesprächsrunde mit den Aktivistinnen und Aktivisten des Protestcamps geben solle – ohne Sima, aber „auf hoher Beamtenebene“, wie sie sagte. Daraus dürfte nun nichts mehr werden. Denn praktisch zeitgleich mit der Pressekonferenz Simas wurde die Polizei auf Betreibern der Stadt im Protestcamp vorstellig. Das Camp gilt seither als polizeilich aufgelöst. Die Stadt als Grundstückseigentümerin ließ den Aktivisten mitteilen, dass sie das Camp nicht duldet – und forderte diese zum sofortigen Verlassen auf.

Kommentar Seite 28



Bezahlte Anzeige

#ichpflege auch meinen Teamgeist

Starten jetzt auch Sie eine der 3 Ausbildungen für eine Karriere in der Gesundheits- und Krankenpflege.

Jetzt bewerben und von den Besten lernen! Auf Sie warten ein sicherer Job und ein vielfältiges Einsatzgebiet im Wiener Gesundheitsverbund. Alle Infos finden Sie unter [ausbildung.gesundheitsverbund.at](https://www.ausbildung.gesundheitsverbund.at). Haben Sie Anspruch auf eine Förderung? Informieren Sie sich beim Ausbildungsstandort, waff oder AMS.

